

**Grußwortentwurf für Herrn VPr anlässlich des Gedenkens an die
Ausweisung polnischer jüdischer Kinder und Jugendlicher am
03.09.2026**

Zeit und Ort: Donnerstag, 03.09.2026, 15:00 – 16:00 Uhr,
Denkmal der Kindertransporte in der Georgenstraße (Bahnhof
Friedrichstraße)

Grußwort:

Sehr geehrter Herr Botschafter Cistecky,

Sehr geehrte Botschaftsrat Wawrzyniak,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des diplomatischen
Corps,

werte Abgeordnete,

sehr geehrte Frau Staatssekretärin Richter-Kotowski,

sehr geehrte Frau Kuchler,

liebe Frau Bechner,

liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Auszubildende und
Kolleginnen und Kollegen

sehr geehrte Gäste,

Wir sind heute zusammengekommen, um zu erinnern.

Zu erinnern an Menschen, denen ihre Heimat genommen wurde. An jüdische Familien, die verfolgt, entrechtet und vertrieben wurden. An Kinder und Jugendliche, die von ihren Eltern getrennt wurden, damit sie wenigstens ihr Leben retten konnten. Und an Menschen in Warschau, die sich mutig gegen die deutsche Besatzung und die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erhoben und dafür mit ihrem Leben bezahlten.

Drei Stationen unserer Erinnerung stehen heute im Mittelpunkt: die sogenannte „Polenaktion“ von 1938, die Kindertransporte jüdischer Kinder und Jugendlicher und der Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee von 1944.

Diese drei Ereignisse liegen zeitlich nicht weit auseinander und doch erzählen sie jeweils eine eigene Geschichte.

Gemeinsam machen sie sichtbar, wie aus Ausgrenzung Verfolgung wurde, aus Verfolgung Vertreibung und schließlich systematischer Mord und Vernichtung.

Am 27. Oktober 1938 begann das nationalsozialistische Deutschland mit der sogenannten „Polenaktion“.

Zehntausende jüdische Menschen polnischer Staatsangehörigkeit wurden verhaftet und aus dem deutschen Reich ausgewiesen, darunter auch mehr als 1500 Jüdinnen und Juden aus Berlin. Polizisten nahmen die Menschen in Haft, brachten sie zu Haftorten

und wirkten an ihrer Ausweisung mit. Viele wurden unter Gewalt zur polnischen Grenze gebracht.

Die Verhaftungen und Ausweisung trafen diese Menschen unvermittelt – in ihren Wohnungen und auf offener Straße.

Familien wurden auseinandergerissen. Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, wurden plötzlich zu Menschen erklärt, die hier nicht mehr leben durften.

Unter ihnen waren auch Kinder.

Der Begriff „Polenaktion“ klingt heute fast wie eine neutrale historische Bezeichnung.

Doch hinter diesem Wort stehen konkrete Menschen:

Eltern, Großeltern, Geschwister, Nachbarn, Mitschülerinnen und Mitschüler.

Menschen mit Hoffnungen, mit Berufen, mit Wohnungen, mit Freundschaften.

Menschen, die glaubten, Deutschland sei ihre Heimat.

Und dann standen sie plötzlich vor verschlossenen Türen.

Die sogenannte Polenaktion war ein weiterer Schritt auf dem Weg in die vollständige Entrechtung und Verfolgung der jüdischen

Bevölkerung. Nur wenige Tage später, in der Nacht vom 9. Auf den 10. November 1938, folgte das reichsweite Pogrom, das heute als Novemberpogrom erinnert wird.

Wenn wir heute auf das Jahr 1938 zurückblicken, dürfen wir deshalb nicht nur auf die späteren Verbrechen schauen.

Wir müssen auch an die ersten Schritte erinnern.

Denn eine Diktatur beginnt nicht erst mit den Deportationszügen in die Vernichtungslager.

Sie beginnt dort, wo Menschen nach ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe unterschiedlich behandelt werden.

Sie beginnt dort, wo Nachbarn wegsehen – sie beginnt dort, wo Polizistinnen und Polizisten wegsehen.

Wo Unrecht zur Gewohnheit wird, wo Unrecht moralisch gerechtfertigt wird.

Wo Worte der Verachtung irgendwann in staatliche Maßnahmen übersetzt werden.

In dieser Zeit entstanden auch die sogenannten „Kindertransporte“.

Nach den Novemberpogromen 1938 bemühten sich jüdische Organisationen, Eltern und Unterstützer darum, jüdische Kinder und

Jugendliche aus Deutschland, Österreich und der damaligen Tschechoslowakei in Sicherheit zu bringen.

Tausende Kinder konnten auf diese Weise nach Großbritannien gelangen.

Es war eine Rettung – und zugleich eine Tragödie.

Denn die Kinder wurden gerettet aber sie mussten ihre Liebsten, ihre Eltern zurücklassen.

Für viele bedeutete der Abschied am Bahnhof ein letztes Winken, eine letzte Umarmung, vielleicht ein letzter Kuss.

Manche Kinder glaubten, bald wieder nach Hause zurückzukehren.

Viele sollten ihre Eltern nie wiedersehen.

Wir sprechen heute häufig von den „Kindertransporten“. Doch auch dieser Begriff darf nicht vergessen lassen, dass hinter jedem Transport ein einzelnes Kind stand.

Ein Kind mit einem Namen, mit einem Lieblingsspielzeug, mit einer Stimme, mit Angst.

Mit der Hoffnung, dass die Erwachsenen es beschützen würden.

Und mit einer Familie, die selbst keine Sicherheit mehr hatte.

Wenn wir an diese Kinder erinnern, sollten wir deshalb nicht nur von Zahlen sprechen.

Wir sollten uns vorstellen, was es bedeutet, als Kind einen Koffer zu packen, ohne zu wissen, ob man die Menschen, die man liebt, jemals wiedersehen wird.

Die Kindertransporte zeigen uns zugleich, dass Menschlichkeit möglich war.

Es gab Menschen, die halfen. Familien, die Kinder aufnahmen. Organisationen, die Rettung organisierten. Menschen, die Verantwortung übernahmen, obwohl die politische Situation in Deutschland immer gefährlicher wurde.

Aber wir wissen auch: die Rettung einiger Tausend konnte das Verbrechen an Millionen nicht verhindern.

Viele Eltern, die ihre Kinder fortschickten, wurden später deportiert und ermordet.

Die geretteten Kinder trugen ihre Erfahrungen ihr ganzes Leben lang mit sich.

Darum ist Erinnerung auch immer mit der Frage verbunden:
Was können wir tun, wenn Menschen bedroht werden?

Nicht erst dann, wenn Gewalt begonnen hat.

Sondern bereits dann, wenn Menschen ausgegrenzt, entmenslicht und ihrer Rechte beraubt werden.

Sechs Jahre nach der Polenaktion und den Kindertransporten, im August 1944, erhob sich Warschau.

Die polnische Heimatarmee und andere Widerstandsgruppen versuchten, die deutsche Besatzungsmacht zu bekämpfen und die Stadt vor dem Vorrücken der Roten Armee selbst zu befreien.

Der Aufstand dauerte 63 Tage. Er endete in einer Katastrophe.

Die deutschen Besatzer gingen schonungslos und mit äußerster Brutalität gegen die Aufständischen und die Zivilbevölkerung vor. Zehntausende Menschen wurden getötet, Warschau wurde in weiten Teilen dem Erdboden gleichgemacht.

Doch auch hier müssen wir hinter den Begriff „Warschauer Aufstand“ schauen.

Wir dürfen nicht nur eine militärische Auseinandersetzung sehen.

Wir sehen Menschen.

Menschen, die sich gegen eine völkerrechtswidrige Besatzung erhoben, die wussten, dass sie kaum eine Chance hatten und dennoch Widerstand leisteten.

Und wir sehen eine Stadt, deren Zerstörung zum Sinnbild der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Polen wurde.

Heute, viele Jahrzehnte später, stehen wir vor einer besonderen Aufgabe.

Immer weniger Menschen können aus eigener Erfahrung von der Zeit des Nationalsozialismus erzählen. Die Stimmen der Überlebenden werden leiser.

Damit wächst unsere Verantwortung.

Erinnerung darf nicht zu einer bloßen Pflichtveranstaltung werden.

Wir erinnern, weil wir verstehen wollen, wohin Menschenverachtung führen kann.

Wir erinnern an jüdische Kinder, damit ihre Namen und ihre Geschichten nicht hinter Zahlen verschwinden.

Die Polizei Berlin beteiligt sich seit vielen Jahren an dieser Gedenkveranstaltung. Für diese langjährige Zusammenarbeit sind wir dankbar.

Gemeinsam wahren wir das Erbe der Überlebenden und ihrer Nachkommen, das uns mahnt, dass sich die Geschehnisse der Vergangenheit nie wiederholen dürfen.

Sie verpflichten uns, Menschenwürde, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit entschlossen zu schützen.

Für die Polizei Berlin ist die kritische Auseinandersetzung mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus nicht hinwegzudenken.

Die Geschichte zeigt uns, wie unverzichtbar Menschlichkeit und ethisch verantwortliches Handeln gerade im Polizeiberuf sind.

Damit trägt die Polizei eine besondere Verantwortung für den Schutz des demokratischen Rechtsstaats. Im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrags treten wir Diskriminierung und Gewalt entgegen und schützen die Rechte der Betroffenen. Diese Verantwortung ergibt sich aus dem Grundgesetz, aus unserem gesetzlichen Auftrag und aus den Lehren der Geschichte.

Er steht für Respekt, Toleranz und einen professionellen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt.

Berufsethik und politische Bildung sind deshalb feste Bestandteile der polizeilichen Ausbildung.

Deswegen freue ich mich, dass heute Schülerinnen und Schüler der Evangelischen Schule Berlin-Mitte sowie Auszubildende der Polizei Berlin an dieser Gedenkveranstaltung teilnehmen.

Sie setzen sich mit der Geschichte auseinander, stellen Fragen und tragen dazu bei, die Erinnerung lebendig zu halten. Gerade das zeigt: Erinnerungskultur lebt nicht allein vom Rückblick. Sie lebt von den Menschen, die Verantwortung für die Zukunft übernehmen.

Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen der Polizeiakademie, die diese Auseinandersetzung ermöglichen und die Erinnerungskultur innerhalb der Polizei Berlin stärken.

Mein ganz besonderer Dank gilt Ihnen, liebe Frau Bechner. Mit Ihrem langjährigen Engagement eröffnen Sie immer wieder neue Perspektiven auf die Geschichte und erinnern uns an unsere gemeinsame Verantwortung für die Gegenwart. Die langjährige Zusammenarbeit mit Ihnen ist für uns von großem Wert

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Geduld!

Vielen Dank.